

Schwerpunkt
Mobilität

Abfahrtsignal
nicht einsteigen!

GRENZENLOS MOBIL

BRAND
GRÜN
25.17

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



IM BRANDENBURGER LANDTAG



Wo was steht

Grünes Thema

Mobilität:

Busse, Bahnen, BER S. 4

Abschiebungen

Humanitärer Verantwortung
gerecht werden S. 12

Pensionsfonds

Sinnvoll
investieren S. 14

Grüne Grafik

Rechtsextreme
Kriminalität S. 16

Kohle

Einstieg in den
Ausstieg S. 18

Gemeinsames Lernen

Gutes Recht auf
Inklusion S. 20

Wassergesetz

Wie wär's mal mit
Umweltschutz? S. 22

Grün im Gespräch

mit Rita Süßmuth S. 24

Grünes Gericht

Gutes Essen von
Anfang an S. 26

Grüne Termine

S. 28

Das letzte Wort hat ...

S. 30

Liebe Leserin, lieber Leser!

diese Ausgabe der brandGRÜN steht im Zeichen der Mobilität. Unsere Fraktion fordert eine Verkehrswende: gute Bus- und Bahnangebote im ganzen Land und einen Ausbau der Elektromobilität. Denn ländliche Regionen ohne funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) büßen stark an Attraktivität ein und verlieren BewohnerInnen. Vor allem aber laufen ohne einen intakten Nahverkehr die Anstrengungen für Klimaschutz und Energiewende ins Leere. Dass es auch anders geht, zeigen altbewährte Beispiele für Elektromobilität: Etwa Straßenbahnen, wie sie hierzulande beispielsweise in Frankfurt (Oder) eingesetzt werden.

Nicht nur in Sachen Mobilität ist 2017 noch einiges im Argen. „Für mich sind Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung Akte der Diskriminierung, denn durch sie werden Frauen strukturell benachteiligt“ – das sagte die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, als wir mit ihr über den Stand der Gleichberechtigung sprachen. Auch die Fallzahlen rechter Kriminalität – zusammengestellt in der „Grünen Grafik“ in der Heftmitte – sind ernüchternd. All diese Baustellen zeigen: Da müssen und da wollen wir ran, mit grünen Ideen und Engagement! Das gilt auch für die anderen Themen, die unsere Fraktionszeitung unter die Lupe nimmt.

Wir wünschen Ihnen und Euch viel Spaß beim Durchblättern und Erkunden.



Ihre Ursula Nonnemacher



Ihr Axel Vogel

GRENZENLOS MOBIL



„Die Stickoxide und der Feinstaub, die auch der motorisierte Verkehr in die Luft bläst, töten hierzulande mehr Menschen als bei Verkehrsunfällen ums Leben kommen. Gleichzeitig heizt der Verkehrssektor dem Klima gewaltig ein. Während die CO₂-Emissionen in anderen Sektoren seit 1990 rückläufig sind, steigen die Emissionen, die durch den Verkehr verursacht werden, stetig weiter an. Die Landesregierung muss entschiedener agieren, um mehr Menschen in Bus und Bahn zu bekommen. Wir brauchen endlich eine Verkehrswende! Mit unserer bündnisgrünen Politik wollen wir dazu beitragen, dass sie so schnell wie möglich Realität wird.“

Michael Jungclaus,
verkehrspolitischer Sprecher



BESSER BUS FAHREN



Über eine Stunde Fahrzeit für knapp 14 Kilometer. So lange wäre unser verkehrspolitischer Sprecher Michael Jungclaus von seinem Zuhause in Neuenhagen aus unterwegs gewesen, hätte er bei der vergangenen Landtagswahl seinen SPD-Gegenkandidaten im gleichen Wahlkreis, Jörg Vogelsänger, in dessen Wohnort Erkner besuchen wollen. Und dabei öffentliche Verkehrsmittel genutzt.

Was wie Realsatire klingt, ist in vielen Teilen Brandenburgs bittere Realität. Zwar sind die Verbindungen, die nach Berlin führen, vom Schienennetz recht gut abgedeckt. Will man aber mit dem ÖPNV zwischen diesen Hauptachsen unterwegs sein, wird es schwierig. Vor allem, wenn diese Orte – wie Neuenhagen und Erkner – in unterschiedlichen Landkreisen liegen. Viele Buslinien enden an Landkreisgrenzen oder werden nur wochentags im SchülerInnenverkehr bedient. Da ist es wenig verwunderlich, dass immer mehr BrandenburgerInnen aufs Auto setzen.

Unsere Fraktion fordert verlässliche Verkehrsanbindungen auch abseits der Schiene. Busse sollen Bahnlinien nicht ersetzen, aber sinnvoll ergänzen. Nur so bekommen wir insgesamt mehr Menschen in den ÖPNV. Positivbeispiele aus Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt oder dem Saarland zeigen, dass es auch besser geht: Diese Länder fördern Busverbindungen, die als bedeutsam für das Land eingestuft werden – wenn sie in einem guten Takt fahren und der Übergang zur Schiene gewährleistet ist. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg VBB geht mit den PlusBussen zwar einen Schritt in die richtige Richtung, aber auch diese verkehren größtenteils nur innerhalb einzelner Kreise.

Vor Ort: Ausstellung zur Bahnhofstour

Mehr als 70 Bahnhöfe in ganz Brandenburg, an denen weniger als 50 Personen am Tag ein- und aussteigen, hat Michael Jungclaus im Rahmen seiner „Bahnhofstour“ besucht. Bilder und Zitate der Tour hat unsere Fraktion in einer Ausstellung festgehalten. Diese ist noch bis Herbst im Landtag zu sehen und tourt parallel durch ganz Brandenburg. Mehr unter www.bahnhofstour.de

Mit einem Antrag (<http://gruenlink.de/1cnv>) haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, das öffentliche Nahverkehrsangebot durch ein Netz von landesbedeutsamen Buslinien zu ergänzen. Dazu sollte sie zunächst ein Zielnetz entwickeln, das bestehende Mobilitätslücken schließt.

Zusätzliche Streckenkilometer sollten durch die Bereitstellung ausreichender Landesmittel finanziert werden und die landesbedeutsamen Buslinien in der Mobilitätsstrategie 2030 und der Fortschreibung des Landesnahverkehrsplans verankert werden. Zwar betont die rot-rote Koalition, dass Busse in die Zuständigkeit der Kreise fallen – und hat unseren Antrag aus diesem Grund abgelehnt. Gleichzeitig scheint die Landesregierung aber endlich den dringenden Handlungsbedarf zu erkennen: So wurde im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung eine ReferentInnenstelle für ÖPNV geschaffen, die unter anderem den Aufgabenbereich landesbedeutsame Buslinien umfasst.



Unser Gutachten „Bus und Bahn – zusammen gut“
Mehr zum Thema in dem von uns in Auftrag
gegebenen Gutachten der Beratungsfirma ETC
Transport Consultants zu landesbedeutsamen
Buslinien: <http://gruenlink.de/1bfz>

ALTBEWÄHRTE ELEKTROMOBILITÄT



60 Prozent der Bevölkerung fühlen sich durch Verkehrslärm, der nachweislich das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöht, belästigt. Rund 10.000 Menschen starben im letzten Jahr vorzeitig, weil sie zu viele Stickoxide eingeatmet haben; etwa 60.000 Menschen, weil sie zu viel Feinstaub ausgesetzt waren.



© Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder)

Diese und viele weitere Gründe sprechen für einen Ausbau der Elektromobilität: Sie ist emissionsarm, leise, umwelt- und gesundheitsfreundlich. Brandenburg verfügt mit Straßenbahnen und Oberleitungsbussen (O-Bussen) über ein altbewährtes System der E-Mobilität. Diese zu erhalten, ist aus unserer Sicht nicht nur Aufgabe der Kommunen, sondern wegen ihres hohen verkehrlichen und ökologischen Nutzens auch eine Landesaufgabe. Das jedoch scheint die Landesregierung nicht erkannt zu haben. Sie tut zu wenig, um die Elektromobilität zu fördern.

Gleichzeitig stehen für die sieben kommunalen Straßenbahnbetriebe Brandenburgs und den O-Bus in Eberswalde riesige Investitionen an. Hauptgrund ist die Umstellung auf Barrierefreiheit: Ab dem Jahr 2022 dürfen nur noch Niederflurbahnen unterwegs sein; alle Straßenbahnhaltestellen sollen bis dahin barrierefrei ausgebaut werden. Das fordert das Personenbeförderungsgesetz. „Die Zu-

schüsse der Landesregierung hierfür sind völlig unterdimensioniert“, sagt unser verkehrspolitischer Sprecher Michael Jungclaus. Rot-Rot hat zwar im Doppelhaushalt 2017/18 erstmals ein Landesinvestitionsprogramm für den barrierefreien ÖPNV aufgelegt. Dieses hat jedoch nur einen Umfang von 12 Millionen Euro – bis 2019. Dabei müssen die jeweiligen Verkehrsunternehmen Schätzungen zufolge bis 2030 170 Millionen Euro allein für die Erneuerung der Fahrzeuge ausgeben.

Unsere Fraktion hatte sich daher bei den Haushaltsverhandlungen für eine Erhöhung der Landeszuschüsse eingesetzt: 10 Millionen Euro im Jahr 2017, 20 Millionen in 2018. Immer noch zu wenig, aber ein Kompromiss, der verhindert, dass Tram und O-Busse zu Auslaufmodellen werden. Unsere Haushaltsanträge wurden jedoch von der rot-roten Landtagsmehrheit ebenso abgelehnt wie unser Vorstoß, Straßenbahnen als nachhaltige Verkehrsträger in die Mobilitätsstrategie 2030 aufzunehmen.

Gute Radwege für Brandenburg

Nach dem Regierungswechsel in Berlin wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Nachbarland in puncto Radverkehr intensivieren. Die rot-rot-grüne Berliner Regierungskoalition plant Radschnellwege von den Außenbezirken ins Zentrum, um PendlerInnen den Umstieg vom Auto aufs Rad zu erleichtern. Wir wollen uns dafür engagieren, dass diese Hauptstadtstrecken auf Brandenburger Seite sinnvoll angeschlossen werden. Außerdem haben wir uns bei den Haushaltsverhandlungen für höhere Investitionen in den Erhalt und Neubau von Radwegen eingesetzt. Nur fünf (2017) bzw. sieben (2018) Prozent der Gesamtausgaben im Bereich Straße sollten laut Rot-Rot dafür aufgewendet werden. Viel zu wenig, finden wir: Rund die Hälfte aller Außerortsradwege an Bundes- und Landesstraßen ist älter als 15 Jahre.

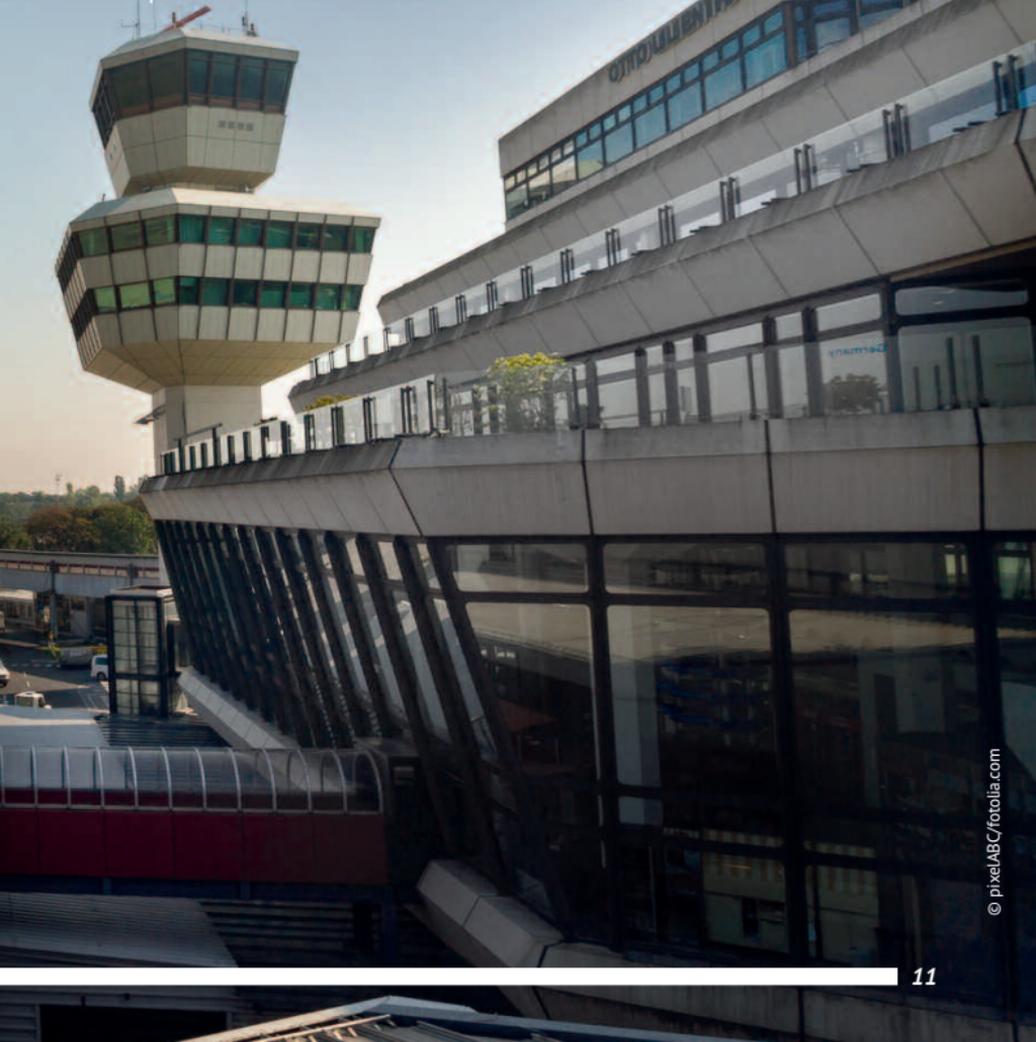
TEGEL VS. BER: PERSPEKTIVE LUFTVERKEHR



Tegel offenhalten, das will ein Volksbegehren in der Bundeshauptstadt. 200.000 Unterschriften haben die InitiatorInnen dafür gesammelt und fordern den Berliner Senat zum Handeln auf. Unsere Fraktionen in Berlin und Brandenburg erteilen einem Weiterbetrieb des innerstädtischen Flughafens eine klare Absage. Voraussetzung für den Bau des BER war die Festlegung, den Flugverkehr aller drei Berliner Flughäfen an einem Standort zu bündeln. Die Genehmigungen für den Betrieb von Tegel sind eigentlich schon erloschen. Geflogen darf dort nur noch, bis der BER in Betrieb genommen wird. Generell ist zweifelhaft, ob die für einen Weiterbetrieb notwendigen zeitgemäßen Umwelt- und Schallschutzauflagen im Tegeler Umfeld überhaupt erfüllt werden können. Aber auch die Ökonomie spielt eine Rolle. Zwei Flughäfen zu betreiben, ist teurer als der Betrieb an einem Standort. Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg FBB verzeichnet Jahr für Jahr Verluste von über 100 Millionen Euro – sollten nach der Inbetriebnahme des BER neben doppelten Betriebskosten auch noch weitere Milliardeninvestitionen in den Standort Tegel hinzukommen, würde dies für die SteuerzahlerInnen endgültig unbeherrschbar.

So viel Flugverkehr wie nötig, so wenig wie möglich. Das ist unser Ziel. Das klare Wort des FBB-Aufsichtsratsvorsitzenden Rainer Bretschneider, die Blümenträume vom internationalen Luftdrehkreuz endlich zu beenden, findet daher unsere volle Zustimmung. Die Anzahl der Starts und Landungen am BER ist durch den stadtnahen Standort naturgemäß begrenzt. Eine über die derzeitige Planung hinausgehende Erweiterung des Flughafens verbietet sich aus Gründen des Lärm-, aber auch des Klimaschutzes. Insbesondere den stetig an-

wachsenden Billigflugverkehr wollen wir nicht weiter fördern. Die an den Flughäfen Tegel und Schönefeld herrschende Praxis großzügiger Rabatte für die Fluggesellschaften muss ein Ende haben. Unser Ziel ist es stattdessen, den innerdeutschen Flugverkehr noch stärker auf die Schiene zu verlagern. Dafür fordern wir auf Bundesebene den Ausbau der Bahn und die Erarbeitung eines nationalen Luftverkehrskonzeptes. Nur so können auch der subventionierte Wildwuchs bei den Regionalflughäfen gestoppt und Sozialdumping bei Billigfliegern erfolgreich bekämpft werden.



ABSCHIEBUNGEN HUMANITÄRER VERANTWORTUNG GERECHT WERDEN



An kaum einem Thema scheiden sich die Geister selbst innerhalb der Regierungskoalition derartig wie an Abschiebungen ins Bürgerkriegsland Afghanistan. Wir mussten mitverfolgen, wie ein junger Afghane aus Brandenburg mit einer der Sammelabschiebungen nach Kabul ausgeflogen wurde, obwohl er gut integriert war und einen Arbeitsplatz hatte. Etwa zeitgleich wurde in der Presse gemeldet, dass Innenminister Schröder die Ausländerbehörden des Landes aufgefordert haben soll, die Abschiebequoten abgelehnter Asylbewerber zu erhöhen. Dies sei mit der finanziellen Beteiligung des Landes an dem speziell auch für Abschiebungen zuständigen Personal in

Nadia Murad, Sonderbotschafterin
der Vereinten Nationen für die
Würde der Opfer von Menschen-
handel

den Behörden begründet worden. Währenddessen verschlechtert sich die Sicherheitslage in Afghanistan laufend. Nahezu das gesamte Staatsgebiet ist vom Bürgerkrieg geprägt. Zu dieser Einschätzung kam 2016 das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Die Gesamtschutzquote bei afghanischen Flüchtlingen in Deutschland ist dagegen parallel zur sich verschlechternden Sicherheitslage rückläufig. Abschiebungen in diese Region stehen für uns im direkten Widerspruch zu unserer internationalen humanitären Verantwortung. Wir halten sie in der derzeitigen Situation für unverantwortlich. Erst recht kommt es für uns nicht in Frage, Abschiebungen an Quoten zu knüpfen. Mit rechtsstaatlichen Grundsätzen ist dies unvereinbar.

Den Frieden in Deutschland lernten wir einmal mehr zu schätzen, als VN-Sonderbotschafterin Nadia Murad sehr eindrucksvoll in ihrer Rede vor dem versammelten Landtag von dem ihr selbst, Tausenden von JesidInnen und Mitgliedern anderer Minderheiten im Nordirak angetanen Leid berichtete. Sie fand deutliche Worte für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und einen Völkermord, der als solcher auch benannt und vor dem Internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden muss. Auch hier wollen wir unserer humanitären Verantwortung gerecht werden. Nachdem der Landtag sich bereits im Dezember 2016 auf unsere Anregung hin überfraktionell für die Aufnahme einer begrenzten Zahl von Jesidinnen außerhalb des regulären Asylverfahrens ausgesprochen hatte, muss dieser Landtagsbeschluss nun zügig umgesetzt werden. Er sieht zunächst den Einsatz der Landesregierung für eine humanitäre Hilfsaktion auf Bundesebene vor. Sollte der Bund bis zum 1. Juli 2017 kein entsprechendes Programm geschaffen haben, ist die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit anderen Bundesländern ein Aufnahmeprogramm für traumatisierte Frauen und Kinder aus dem Nordirak vorzubereiten. Unsere Landtagsfraktion wird dabei jeden Schritt genau verfolgen.

SINNVOLL INVESTIEREN



Auch Beamtinnen und Beamte werden älter. Anders als ihre angestellten KollegInnen erhalten sie nach dem Eintritt in den Ruhestand keine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern eine Pension, die unmittelbar aus dem Landeshaushalt finanziert wird. Durch die wachsende Zahl an VersorgungsempfängerInnen und deren gestiegene Lebenserwartung muss ein immer höherer Anteil der Brandenburger Steuereinnahmen für diese Pensionen aufgewandt werden. Die Ausgaben vervielfachen sich von 148 Millionen Euro im Jahr 2014 auf über 870 Millionen Euro im Jahr 2030.

Um die Belastung in den Folgejahren zu begrenzen, begann Brandenburg 2009, Gelder in einen sogenannten „Versorgungsfonds“ einzuzahlen. Dieser Fonds sollte in nennenswertem Umfang Zinsen erwirtschaften, um damit die künftigen Versorgungsausgaben teilzufinanzieren. Was auf den ersten Blick plausibel erscheint, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Irrweg. Das Land hat kein Vermögen, das es auf die hohe Kante legen könnte, sondern über 16 Milliarden Euro Schulden. Statt Schulden zu tilgen, verschuldete es sich weiter, um dieses Geld im Ausland zinsbringend anzulegen. Bei den aktuell niedrigen Zinssätzen kann dieser Fonds relevante Einnahmen schon seit Jahren nur noch erwirtschaften, indem der Anteil an Beteiligungen an ökologisch und sozial höchst fragwürdigen Projekten im Ausland deutlich steigt und/oder ein höheres Ausfallrisiko in Kauf genommen wird. Unsere Fraktion hatte daher in den Haushaltsberatungen wiederholt beantragt, weitere Zahlungen an diesen Fonds einzustellen und das schon eingezahlte Geld nach ethischen Kriterien anzulegen. Während unser Antrag (<http://gruenlink.de/1cnw>) für eine ethische Anlagestrategie seit Monaten im Ausschuss schmort, hat sich Rot-Rot bei den Ein-

zahlungen in den Pensionsfonds unsere Position zu eigen gemacht. Die Zahlungen laufen 2017 aus. Das ist gut, löst aber das Problem der zukünftigen Pensionszahlungen nicht.

Eine Anhörung im Haushaltskontrollausschuss sollte deshalb Antworten liefern, wie eine bessere Strategie des Landes zur Abfederung zukünftiger Versorgungslasten aussehen könnte. Einigkeit bestand weithin, dass die bisherige Variante keine Zukunft bietet. Während einige ExpertInnen stärker in die Schuldentilgung einsteigen wollten, schlug Professorin Färber von der Universität Speyer vor, die Gelder des Pensionsfonds in einen Infrastrukturfonds für das Land zu überführen und auch zukünftig in diesen Fonds einzuzahlen. Der Fonds könnte dann zu günstigen Konditionen Investitionen in die Infrastruktur im Land finanzieren. Die Rendite solcher Investitionen wäre für das Land allemal höher als die auf dem Kapitalmarkt erzielbaren Zinssätze. Mit langfristig höheren Steuererträgen und damit verbunden auch einer besseren Haushaltslage könnten die steigenden Ausgaben für die BeamtInnenpensionen dann zukünftig abgedeckt werden. Ein von allen Seiten aufmerksam aufgenommener Ansatz, den wir in den folgenden Beratungen noch weiter vertiefen wollen.

RECHTSEXTREME KRIMINALITÄT



PR 67

UM 173

OPR 108

OHV
110

BAR
104

HVL 64

MOL 99

PDM 124

FH*
9

OS/FFO
169

BRB 79

TF 92

DS 83

EE 47

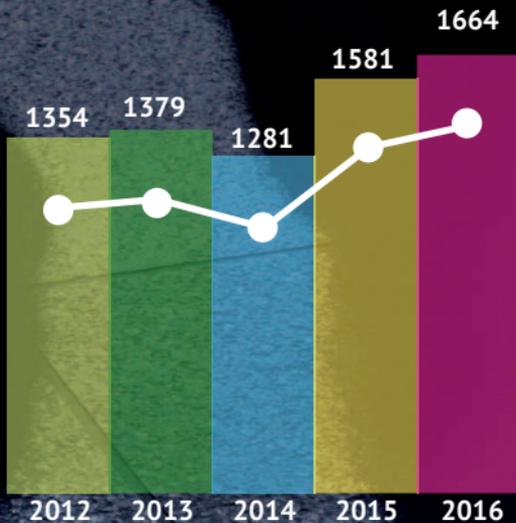
OSL
50

CB/SPN
286

Rechtsmotivierte Kriminalität 2016 –
Kürzel der Polizeiinspektion/Fälle in
absoluten Zahlen

*FH = Flughafen

1664 Fälle von rechtsextrem motivierten Straftaten wurden in Brandenburg 2016 verübt – über 80 Fälle (5,2 %) mehr als im Vorjahr, in dem bereits ein hohes Niveau erreicht worden war. Damit kam es 2016 zu einem traurigen Rekord: dem Höchststand seit Beginn der Aufzeichnungen. Besonders alarmierend ist die starke Zunahme von Gewaltdelikten.



Entwicklung rechtsextrem motivierter Kriminalität in Brandenburg

Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt

Brandenburg hat als erstes Bundesland ein Bleiberecht für Flüchtlinge eingeführt, die Opfer rechter Gewaltstraftaten geworden sind. Einen entsprechenden Erlass hat Innenminister Karl-Heinz Schröter Ende 2016 herausgegeben. Dieser geht auf einen Antrag (<http://gruenlink.de/1coc>) unserer Fraktion zurück. Bei ausreisepflichtigen Opfern rechter Gewaltstraftaten soll nun von der Möglichkeit der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen konsequent Gebrauch gemacht werden.

EINSTIEG IN DEN AUSSTIEG



Ende März veröffentlichte der tschechische Bergbaubetreiber LEAG sein sogenanntes „Revierkonzept“ für die Lausitz. Untertitelt war dieses Papier mit „Grundlage für die regionale Entwicklung in den nächsten 25 bis 30 Jahren“. Aber gibt es jetzt tatsächlich Klarheit für die nächsten 30 Jahre? Das Gegenteil ist der Fall. Auch deshalb ist die Landesregierung gefordert, endlich für Planungssicherheit zu sorgen.

Klarheit für die Zukunft bedeutet das LEAG-Konzept nur für Atterwasch, Kerkwitz und Grabko. Mit der Entscheidung gegen den Neuaufschluss des Tagebaus Jänschwalde-Nord können die zehn Jahre lang von Abbaggerung und Umsiedlung bedrohten EinwohnerInnen der drei Lausitzdörfer endlich aufatmen. Alle anderen Entscheidungen der LEAG verlängern jedoch die Unsicherheiten für alle Beteiligten. Dass der neue Tagebau nicht kommt, bedeutet nämlich auch die Stilllegung des Kraftwerks Jänschwalde – und damit den Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in Brandenburg. Der genaue Termin dafür ist jedoch noch unklar. Vertagt, und zwar auf das Jahr 2020, wurde auch die Entscheidung über den neuen Tagebau Welzow-Süd II. Die betroffenen EinwohnerInnen müssen weiter bangen.

Paradoxaerweise versucht die Landesregierung bisher den Eindruck zu erwecken, als würde mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Kohle die Energieversorgung zusammenbrechen. Dass das Kraftwerk Jänschwalde für die Stromversorgung bis 2030 nicht mehr notwendig ist, belegt auch unsere aktuelle Energiestudie.

Der Link zur Energiestudie: <http://gruentlink.de/1cnj>



Demo gegen die Braunkohleverstromung in der Lausitz

Und auch die Stilllegung des Kraftwerks Schwarze Pumpe ist – und zwar auch bei Umsetzung der Brandenburger Energiestrategie – absehbar möglich. Fakt ist zudem: Wenn die Landesregierung ihr Klimaschutzziel bis 2030 erreichen möchte, nämlich die Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 72 Prozent, muss das Kraftwerk Jänschwalde bis dahin stillgelegt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es längst überfällig, dass die Landesregierung dringend notwendige Schritte zur Abfederung bzw. Gestaltung des durch das Auslaufen der Kohleverstromung bedingten Strukturwandels in Angriff nimmt. Das heißt, unverzüglich einen Lausitzfonds auf den Weg zu bringen, der aus Mitteln der EU, des Bundes und des Landes gespeist wird. Voraussetzung für die Akquise dieser Gelder ist unter anderem die Entwicklung eines Leitbilds für die Lausitz für die Zeit nach dem Auslaufen der Braunkohleverstromung. Dafür müssen alle gesellschaftlichen AkteurInnen an einen Tisch gebracht werden.

GUTES RECHT AUF INKLUSION



„Alle Kinder bleiben Kinder ihrer Schule, auch wenn sie in Leistung und Verhalten Probleme haben (und machen). Inklusive Pädagogik ist eine Pädagogik, die das einzelne Kind nicht isoliert und nur unter Lernaspekten betrachtet, sondern seine sozialen Bedürfnisse und Realitäten in der Lerngruppe, in der Schule, in der Familie und im Freundeskreis in den Mittelpunkt der Unterstützung rückt.“ So hat Professor Preuss-Lausitz in einer von uns in Auftrag gegebenen Studie zu Brandenburgs inklusiver Schulentwicklung die Grundprinzipien inklusiver Pädagogik beschrieben.

Unsere Fraktion engagiert sich seit geraumer Zeit dafür, dass das Land Brandenburg den flächendeckenden inklusiven Unterricht einführt. War Brandenburg in der letzten Wahlperiode noch bundesweiter Vorreiter in Sachen Inklusion, fiel das Land wegen der Untätigkeit der SPD diesbezüglich über Jahre in eine Art Dornröschenschlaf.



Auch wenn wir lange warten mussten, hat sich unser Einsatz gelohnt: Das im Sommer 2016 von Bildungsminister Baaske vorgestellte Konzept für gemeinsames Lernen in Regelschulen erfüllt viele grüne Kernforderungen, unter anderem die nach mehr Geld und Personal. Die Inklusion wird zwar für Kinder mit besonderem pädagogischem Betreuungsbedarf inzwischen an vielen Brandenburger Schulen praktiziert und das Pilotprojekt künftig ausgeweitet. Und endlich werden auch Ober- und Gesamtschulen in die Inklusionspläne einbezogen. Dennoch wurde, was im Land längst breit praktiziert wird, nie gesetzlich festgeschrieben: Der Inklusionsgedanke ist bisher nicht im Schulgesetz verankert. Ein großes Manko, denn es ist geltendes europäisches und deutsches Recht und in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben, dass Kinder an der Schule ihrer Wahl die Förderung erhalten sollen, die sie benötigen – ganz egal, ob es sich dabei um sonderpädagogischen Förderbedarf handelt, ob ein Kind hochbegabt ist oder ob es nach längerer Krankheit wieder zur Schule geht.



Das Schulgesetz soll künftig – wie übrigens vom wissenschaftlichen Beirat Inklusion der Landesregierung empfohlen – ein Individualrecht der Betroffenen auf inklusiven Unterricht in allgemeinbildenden Schulen garantieren. Das fordern wir mit einem Änderungsantrag. Der derzeit noch im Schulgesetz festgeschriebene Ausstattungsvorbehalt muss wegfallen. Um eine flächendeckende inklusive Beschulung zu ermöglichen, brauchen wir eine angemessene personelle, räumliche und sächliche Ausstattung.

Auch wenn Brandenburg in Sachen Inklusion auf einem guten Weg ist, gibt es aus unserer Sicht noch einige ungelöste Fragen: etwa beim Ausbau des gemeinsamen Lernens an den Gymnasien, bei der Einbindung der freien Schulen und bei der Deckung des immensen Lehrkräftebedarfs. Offen bleibt auch, wie die kontinuierliche Fortbildung und Begleitung der Lehrkräfte garantiert werden soll.

WIE WÄR'S MAL MIT UMWELTSCHUTZ?



Das Umweltministerium hat einen Vorschlag zur Überarbeitung des Brandenburger Wassergesetzes vorgelegt. Und in der Tat, es muss überarbeitet werden, da sind sich alle einig. Nur die Begründungen und Interessen im Streit um die Gesetzesnovelle sind doch sehr unterschiedlich. Es geht um Geld, um Macht – und noch viel zu wenig um den Schutz des Wassers. Wer will was? Ein Überblick:

1. Das Umweltministerium

Der von Umweltminister Jörg Vogelsänger 2016 vorgelegte Gesetzentwurf enthält vor allem Vorschläge für die Neuregelung der Wassernutzungsentgelte. Wer heute in Brandenburg – einem der niederschlagsärmsten Bundesländer – der Landschaft Wasser entnimmt, zahlt dafür ein Entgelt. Bergbau und Landwirtschaft profitieren bei der Wassernutzung von vielen Vergünstigungen. Die Gebühren für Wasser aus Seen und Flüssen zur Beregnung in der Landwirtschaft will der Minister komplett streichen.

2. LandwirtInnen, WaldbesitzerInnen & Co:

Die NutzerInnenverbände wollen die Interessen ihrer Mitglieder in das Gesetz einbringen. So haben die im „Forum Natur“ zusammengeschlossenen Landnutzungsverbände, der Städte- und Gemeindebund und weitere Organisationen einen sogenannten „Verbändevorschlag“ entwickelt. Ihr Ziel: niedrigere Nutzungsentgelte. Außerdem fordern sie eine direkte Mitgliedschaft der Flächeneigentümer in den Wasser- und Bodenverbänden. Vom Schutz des Wassers keine Spur; anerkannte Naturschutzverbände wie der BUND und der NABU wurden erst gar nicht in die Erarbeitung des Verbändevorschlags einbezogen.

3. Die bündnisgrüne Fraktion

Unsere Fraktion will die märkischen Flüsse und Seen sowie das Grundwasser besser schützen. Überdüngung aus der Landwirtschaft,

Verockerung durch Tagebaue, Übernutzung, Auswirkungen des Klimawandels, Mikroplastik – die Liste der Gefährdungen ist lang. Grund genug für ein modernes, ökologisches Wassergesetz. Wir fordern ein Ende der Privilegien beim Wasserentnahmeentgelt. Wer Wasser nutzt und verbraucht, soll dafür einen angemessenen Preis bezahlen. Die Vergünstigungen für die Landwirtschaft, vor allem aber für die Tagebaue, müssen gestrichen werden. Außerdem sollen die Umweltverbände eine beratende Rolle in den Wasser- und Bodenverbänden bekommen. Schließlich fordern wir eine gesetzliche Pflicht, sogenannte „Gewässerrandstreifen“ anzulegen. Wo landwirtschaftlich genutzte Flächen an Gewässer stoßen, sind solche Streifen extrem wichtig, weil sie Pestizide und Dünger vom Wasser fernhalten. Sie fördern zudem die Artenvielfalt und die Schönheit unserer Landschaft.

Wie geht's weiter?

Der Vorschlag des Ministers wird derzeit im Umweltausschuss beraten. SPD, Linke und CDU haben deutlich gemacht, dass sie dem Verbändevorschlag weitgehend folgen wollen. Wir werden bis zur endgültigen Abstimmung im Parlament für ein ökologisches Wassergesetz streiten.



© Katharina Buri

Gewässerrandstreifen tragen zum Schutz der Landschaft bei



RITA SÜSSMUTH: „TEILZEITARBEIT IST EIN AKT DER DISKRIMINIERUNG“

Rita Süßmuth war von 1985 bis 1988 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit (ab 1986 auch Frauenministerin) und von 1988 bis 1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages. Die CDU-Politikerin, über die die Süddeutsche Zeitung kürzlich schrieb, sie habe „der CDU den Feminismus beigebracht“, hat mit uns über den Stand der Gleichberechtigung gesprochen.

Frau Süßmuth, wie weit ist Ihrer Meinung nach die Gleichberechtigung im Jahr 2017 umgesetzt?

Wir haben im frauenpolitischen Diskurs über die vergangenen Jahrzehnte vieles erreicht. Uns Frauen ist es gelungen, von Bittstellerinnen zu Rechtsansprüchen zu kommen, indem wir aus unseren Forderungen konkrete gesetzliche Neuregelungen formuliert haben. Frauen besitzen heute eine berufliche Kompetenz, die uns lange Zeit abgesprochen worden ist. Sie leisten Entscheidendes, und das nicht nur in so genannten „frauentypischen“ Berufen, sondern auch im wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Bereich, nicht zu vergessen in Wirtschaft und Management.

Woran hapert es noch?

Von der praktischen Umsetzung ihrer Rechte sind Frauen immer noch weit entfernt. Die Diskrepanz zwischen ihrer Kompetenz und ihrer tatsächlichen beruflichen Stellung ist inakzeptabel. Sie arbeiten wesentlich häufiger als Männer in Teilzeit, in geringfügigen oder nicht-tariflichen Beschäftigungsverhältnissen, oder sie sind überqualifiziert.

Heute sind 72 Prozent der Frauen erwerbstätig, aber sie tragen im Schnitt nur 21 Prozent zum Familieneinkommen bei. Deutschland debattiert seit Mitte der 60er Jahre über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, hat aber den Wandel im Selbst- und Rollenverständnis der Geschlechter zu lange einseitig auf die Frauen bezogen. Die Antworten lauteten: Freistellung von der Erwerbsarbeit im frühen Kindesalter, Kinder- und später auch Elterngeld, Teilzeit und geringfügige Beschäftigung mit sehr geringem Ausgleich in der sozialen Sicherung. Es fehlen Krippen, Ganztagsplätze im vorschulischen und schulischen Bereich mit gut ausgebildeten Fachkräften. Notwendig ist der Rechtsanspruch auf Rückkehr von familiär begründeter Teilzeit auf Vollzeit. Hinzu kommt die soziale Ausgleichssicherung über „Bürgergeld“ oder „Grundsicherung“. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir Frauen uns stärker solidarisieren.



Prof. Dr. Rita Süßmuth

© Jan Voith

Wie kann Bundesgesetzgebung auf bessere Gleichstellung hinwirken?

Ohne gesetzliche Quoten wären wir nie so weit gekommen. Auch für die politischen Mandate ist inzwischen eine 50-Prozent-Quote unerlässlich. Wir müssen jetzt die volle Parität fordern, denn die Umsetzung der Gleichberechtigung geschieht nicht über Nacht. Als ich Mitte der 80er Jahre ins Parlament kam, waren dort nicht mehr Frauen in Mandaten vertreten als 1919. Vor allem müssen wir aber von der primären Maßnahme der Teilzeitarbeit wegkommen. Für mich sind Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung Akte der Diskriminierung, denn durch sie werden Frauen strukturell benachteiligt. Dass es auch anders geht, zeigen die nordeuropäischen Staaten.

GUTES ESSEN VON ANFANG AN



Kinder und Jugendliche brauchen viel Energie, um zu lernen. Die Ernährung entscheidet über Entwicklung und Lernerfolg. Nicht zuletzt werden Lebensweise und Esskultur in der Kindheit erlernt. Deswegen macht sich unsere Fraktion für gutes, gesundes Essen von Anfang an stark: Wir wollen das Schulgesetz so verändern, dass die Schulen an der Auswahl der Mittagessensversorgung einvernehmlich beteiligt werden. Im entsprechenden Paragraphen ist bisher nur festgelegt, dass die Schulträger „im Benehmen“ mit den Schulen Speisen anbieten müssen.

Außerdem fordern wir gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen eine Qualitätsoffensive für die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen (<http://gruenlink.de/1cny>), die unter anderem ein Landesprogramm für Schulobst enthält und auf regionale, nachhaltig produzierte Lebensmittel setzt. Zuvor hatte unsere Fraktion erfolglos beantragt, dass Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) verbindlich in das Kindertagesstättengesetz aufgenommen werden.



ZUTATEN

1 rundes Brot (Kruste nicht zu fest)
200 g Brie oder anderer Käse nach Wahl
1 Glas Tomatenpesto
1 Aubergine
1 rote Paprika
3-4 Champignons
3 große Salatblätter
Olivenöl

Gefülltes Picknickbrot



© www.pfeffersalztartig.de

ZUBEREITUNG

Vom Brot einen Deckel abschneiden und es vorsichtig mit Hilfe eines Messers aushöhlen. Die Aubergine in 1 cm dicke Scheiben schneiden und im Olivenöl von beiden Seiten anbraten. Das Brot innen mit Tomatenpesto bestreichen, mit Salatblättern auslegen und mit dem in Streifen geschnittenen Käse belegen. Dann die Auberginenscheiben, Pilzscheiben, dünne rote Paprikastreifen nacheinander darauf schichten. Den Deckel ebenfalls mit rotem Pesto bestreichen und das Brot wieder schließen. Beim Picknick vor Ort mit einem scharfen Messer in Tortenstücke schneiden (das Brett nicht vergessen).



Komm(t), wir pflanzen einen Baum!

Ende April bekamen wir im Brandenburger Landtag Besuch von den anderen bündnisgrünen Ost-Fraktionen. Im Rahmen des alljährlich stattfindenden Ostfraktionstreffens tauschten sich Abgeordnete und MitarbeiterInnen über aktuelle politische Entwicklungen aus. Ein Schwerpunkt war in diesem Jahr das Thema innere Sicherheit und BürgerInnenrechte, zu dem ein Positionspapier erarbeitet wurde. Am Ende pflanzten die Fraktionsvorsitzenden passend zum „Tag des Baumes“ gemeinsam eine Silberweide, die künftig die Potsdamer Freundschaftsinsel begrünt. Ein schöner Abschluss eines produktiven Treffens!



GRÜNE TERMINE

- **Tag der offenen Tür im Landtag**

Am Samstag, 1. Juli (10-18 Uhr), sind alle Interessierten herzlich in den Landtag eingeladen. Auch unsere Fraktion präsentiert sich mit einem Stand und Aktionen.

- **Fachgespräche zu verschiedenen Themen**

Im Sommer und Herbst planen wir unter anderem Fachgespräche zu den Themen Gender Budgeting, Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und landesbedeutsame Buslinien. Genaueres immer ganz aktuell in unserer Terminübersicht: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

Das letzte Wort hat ...

„Sie wissen es und es ist kein Geheimnis: Wir als Grüne würden lieber Umweltminister Vogelsänger verabschieden als den Haushalt. Das steht aber nicht zur Debatte.“

Benjamin Raschke

Umweltpolitischer Sprecher
benjamin.raschke@gruene-
fraktion.brandenburg.de

„Mit einem Vierteljahr Verspätung legt die Landesregierung hier einen Bericht vor, angesichts dessen ich mich frage, ob Fort-Schreiben eigentlich schon dasselbe wie Fort-Schritt ist?“

Marie Luise von Halem

Bildungspolitische Sprecherin
ml.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Wieso wird man eigentlich mit dem Hobby ‚Biertrinken‘ zum Botschafter und bei Cannabis zum Kriminellen?!“ #AxelSchulz

Michael Jungclaus

Verbraucherschutzpolitischer Sprecher
michael.jungclaus@gruene-fraktion.
brandenburg.de



„Die Lausitz wird allein vom Tourismus nicht satt. Da wird es nicht reichen, Radwege, Bootsstege und Badestellen anzulegen. Neue Formen des Wohnens, die Ansiedlung von Produktion, Dienstleistung und Gewerbe und die städtebauliche Entwicklung sind nötig.“

Heide Schinowsky

Wirtschaftspolitische Sprecherin
heide.schinowsky@gruene-fraktion.
brandenburg.de

„Videoüberwachung und die anderen Ermächtigungen des Polizeigesetzes sind schwerwiegende Grundrechtseingriffe. Sie müssen einen erkennbaren – im Idealfall messbaren – sicherheitspolitischen Mehrwert für die Bevölkerung bringen.“

Ursula Nonnemacher

Innenpolitische Sprecherin
ursula.nonnemacher@gruene-
fraktion.brandenburg.de



„Wir konzentrieren uns auf gute Politik – Regierungshandeln zu skandalisieren, überlassen wir der CDU.“

Axel Vogel

Fraktionsvorsitzender
axel.vogel@gruene-fraktion.
brandenburg.de

© Katharina Buri/Fraktion

DICH STECK ICH IN DIE TASCHE!

Klein, aber oho: Unsere Fraktionszeitung brandGRÜN ist randvoll mit Neuigkeiten über unsere Arbeit im Brandenburger Landtag. Unsere Vorsätze: Klar und schnell auf den Punkt kommen, frech und handlich sein, nah an Euch und Ihnen dran.



Wer brandGRÜN viermal im Jahr kostenlos nach Haus bekommen möchte, bestellt sie hier: www.brandgruen.de



Wer brandGRÜN online lesen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter



Wer uns die Meinung sagen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kontakt

Diese Veröffentlichung informiert über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1700

info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Katharina Buri
Titelbild: © Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder)
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Icons: thenounproject.com